



Vorlage Nr.: 2022/073

Beschlussvorlage

öffentlich

Beratungsfolge	Bericht	Sitzung am	TOP
Ausschuss für Arbeit, Gesundheit und Soziales	Herr Hundt	29.08.2022	3
Personalausschuss	Herr Hundt	01.09.2022	3
Kreisausschuss	Herr Hundt	12.09.2022	22
Kreistag	Herr Hundt	19.09.2022	22

Projektverlängerung: "EhAP Plus - Eingliederung hilft gegen Ausgrenzung der am stärksten benachteiligten Personen"

Beschlussvorschlag:

1. Die Fortführung des Fördervorhabens EhAP plus in der dritten Förderphase 2022-2026 wird beschlossen.

2. Das Projekt wird von dem Bildungsträger RE/init e.V. und dem Kreis Recklinghausen als Projektverbund beantragt und in Kooperation mit den Städten Gladbeck, Marl und Oer-Erkenschwick durchgeführt.

3. Der Eigenanteil beträgt für den gesamten Durchführungszeitraum 93.200,00 €. Dies entspricht 5% der Gesamtausgaben bei einem beantragten Fördervolumen i.H.v. 1.864.000,00 €.

4. Die Verlängerung der befristeten Vollzeitstelle über den Stellenplan 2022 hinaus für die neue Förderphase bis 2026 wird beschlossen. Eine Besetzung kann bei vorliegender Förderzusage frühestens ab 01.10.2022 für die Projektlaufzeit von geplanten drei Jahren erfolgen.

Darstellung des Sachverhaltes:

Mit dem Projekt EhAP Plus sollen neuzugewanderte EU-Bürger*innen sowie Wohnungslose oder von wohnungslosigkeit bedrohte Menschen und deren Kinder unter 18 Jahren bei der sozialen Eingliederung unterstützt werden.

Klimpel
Landrat

Butz
Kreisdirektor

Der Kreis Recklinghausen führt seit 2016 das EHAP Projekt gemeinsam mit dem Kooperationspartner RE/init e.V. durch. Zunächst startete das Projekt in Gladbeck und wurde dann auf die Städte Marl und Oer-Erkenschwick ausgeweitet.

Zum 25.05.2022 konnte eine Interessenbekundung für die dritte Förderphase (01.10.2022 – 30.09.2026) eingereicht werden. Die Antragstellung ausgewählter Bewerber ist voraussichtlich Ende August 2022 möglich. Eine Entscheidung durch den Fördergeber wird für September 2022 anvisiert.

Situation im Kreis Recklinghausen

Verstärkte Zuwanderung von Menschen aus Südosteuropa stellt die Kommunen im Kreis Recklinghausen vor besondere Herausforderungen. Geprägt ist der Kreis von seiner montanindustriellen Vergangenheit. Bedingt durch den wirtschaftlichen Strukturwandel ist die Arbeitslosenquote im bundesweiten Vergleich mit 7,8% (BA; 04/2022) sehr hoch. Anteilig leben im Kreis knapp 12% Nichtdeutsche (12/2020) - viele aus östlichen EU-Staaten. Im vorvergangenen Jahr wanderten 2.562 Menschen aus dem Ausland zu. In den Städten Recklinghausen, Gladbeck, Marl und Oer-Erkenschwick leben hohe Anteile von neuzugewanderten Bürger*innen aus südosteuropäischen EU-Staaten wie Rumänien und Bulgarien. Explizit sind das in Recklinghausen 1.708 (1,5%), in O-E 1.638 (5,2%), in Gladbeck 1.339 (1,8%); in Marl 1.311 (1,5%) [GKD Kreis Recklinghausen 03/2022] Personen.

Die Zielgruppe muss oft eine Integration in den Arbeitsmarkt bewerkstelligen. Starke, integrationshemmende Faktoren sind bei ihnen eine formal geringe Qualifizierung, mangelnde oder nicht vorhandene Deutschkenntnisse, weit verbreiteter Analphabetismus sowie große Schwierigkeiten beim Zugang zum Gesundheits- und Bildungssystem, zu sozialer Teilhabe und zu Sport- und Freizeitangeboten.

Gleichzeitig werden zugewanderte Personen häufig Opfer krimineller Strukturen, wie etwa Vermietungen in "Schrottimmobilien", organisierter Sozialbetrug oder Vermittlung in Schwarzarbeit und Prostitution. Problematisch ist außerdem eine systematische Diskriminierung durch die Mehrheitsgesellschaft, die in sozialer Ausgrenzung mündet, z.B. auf dem angespannten Wohnungsmarkt: Drastisch gestiegene Mieten und Energiekosten, aber auch Vorurteile der Vermieter*innen sorgen dafür, dass viele neuzugewanderte EU-Bürger*innen von Wohnungslosigkeit bedroht oder bereits wohnungslos geworden sind. Vor allem die Stadt Marl stellt einen Anstieg von wohnungslosen Personen fest. Um soziale Probleme abfedern zu können, fehlt es den stark belasteten Kommunen aufgrund von hohen Schulden, anteilig hohen Ausgaben für Transferleistungen (>50%) sowie einem angespannten Wohnungs- und Jobmarkt an Unterstützungsangeboten für die Zielgruppe.

Bisherige Meilensteine

In den Jahren 2018 bis 2022 war vorrangiges Ziel, besonders benachteiligte neuzugewanderte Unionsbürger*innen und ihre Kinder im Vorschulalter zu beraten und zu begleiten.

Personen in Wohnungsnot wurden beraten, da kulturelle Anpassungsprobleme und dichte Wohnverhältnisse oftmals zu Missstimmungen in der Nachbarschaft führten. Durch EHAP wurden durch Schulungen sogenannte „Mieterführerscheine“ erworben, um die Chancen auf dem Wohnungsmarkt zu verbessern.

Darüber hinaus wurden Gesundheitstreffen für bulgarische und rumänische Frauen initiiert und aufgebaut, um Gesundheitsinformationen in leichter, verständlicher Sprache zu vermitteln. Es wurden neben umfangreichen Beratungen auch Schulungen von Ehrenamtlichen aus der Zielgruppe durchgeführt und Organisationen und Beratungseinrichtungen interkulturell geschult.

In den bisherigen Förderphasen konnten alle festgelegten Zielindikatoren erreicht werden, so dass die Erkenntnisse weiterentwickelt und die Handlungsfelder erweitert werden.

Ziele in der neuen Förderphase

Mit aufsuchender individueller Beratung werden neuzugewanderte Unionsbürger*innen aus EU-Staaten, insbesondere Familien mit Kindern unter 18 Jahren, alleinerziehende Personen, Angehörige von Minderheiten (Roma), Menschen mit Behinderungen und psychischen Erkrankungen sowie Wohnungslose in Angebote des Regelsystems begleitet und vermittelt. Der aufsuchende Ansatz wird durch ein neu eingerichtetes Streetworking ergänzt.

Ziel der Beratung ist es, die Zielgruppe in Hilfsangebote des Regelsystems zu begleiten und zu vermitteln, bestehendes Misstrauen gegenüber Institutionen abzubauen, Vorurteilen und Diskriminierung entgegenzuwirken, für die Gleichstellung der Geschlechter und eine nachhaltige Ressourcenorientierung zu sensibilisieren sowie die Zielgruppe zur Alltagsbewältigung zu befähigen, um für sie eine verbesserte Lebenssituation zu bewirken.

Darüber hinaus werden Mitarbeiter*innen der öffentlichen Verwaltung und Behörden z.B. Jobcenter, Agentur für Arbeit etc. der Diskriminierung von Minderheiten und insbesondere in Bezug auf den Umgang mit Antiziganismus sensibilisiert. So sollen strukturelle Zugangsverbesserungen zur Inanspruchnahme von Hilfsangeboten des Regelsystems für die Zielgruppe erreicht werden.

Von Wohnungslosigkeit betroffene neuzugewanderte Personen und solche, die am Wohnungsmarkt soziale Ausgrenzung erfahren, erhalten Unterstützung bei der Wohnungsakquise und der Bereitstellung von Postfachadressen.

Finanzierung

Die neue Projektphase vom 01.10.2022 – 30.09.2026 hat voraussichtlich ein Gesamtfördervolumen i.H.v. 1.864.000,00 €. Neben den Sachkosten werden davon weiterhin insgesamt 6,25 VZÄ Stellen für die Beratung, Koordination und Verwaltung bei RE/init e.V. finanziert. Der Kreis Recklinghausen behält eine Vollzeitstelle, die die kreisweite Koordination, den Transfer der Projektergebnisse in alle zehn

kreisangehörigen Städte und die Organisation von Workshops und Schulungen übernimmt.

Der kommunale Eigenanteil beträgt 5 % der Gesamtausgaben i.H.v. 93.200,00 €.

Relevanz für den Klimaschutz:

☒ Keine unmittelbaren Auswirkungen	☐ Positive Auswirkungen <i>(Begründung erforderlich)</i>	☐ Negative Auswirkungen <i>(Begründung erforderlich)</i>
Begründung:		